



Nr. 30

31. Juli 2013

Inhalt

[dbb zu Rechtsanspruch auf Kita-Betreuung:
Qualität auch bei gesteigerter Quantität gewährleisten+++](#)
[Beamtenpensionen: Staat kann sich nicht verstecken+++](#)
[Lüders: Öffentlicher Dienst ist auf Diversity angewiesen+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Nein zu Kürzung von Pensionen+++](#)
[DSTG erwartet üppige Mehreinnahmen durch Selbstanzeigen –
Finanzämter in Arbeitsschwierigkeiten+++](#)
[Missmanagement gefährdet Tausende Arbeitsplätze in
Call-Center+++](#)
[Deutscher Schulleiterkongress 2014 im Februar+++](#)
[Meidinger: Facebook-Verbot für Lehrer ist weltfremd+++](#)
[BDF wehrt sich gegen „weniger Forschung im Wald“+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

dbb zu Rechtsanspruch auf Kita-Betreuung: Qualität auch bei gesteigerter Quantität gewährleisten

(dbb) Bei der Umsetzung des ab 1. August 2013 geltenden Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für unter Dreijährige muss es ein „Zusammenspiel von Masse und Klasse geben“. Auch bei gesteigerter Quantität dürfe die Qualität nicht leiden. Das hat die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Astrid Hollmann gefordert.

„Es ist eine große Leistung, dass Länder und Gemeinden große Anstrengungen unternommen haben, um eine Vielzahl neuer Betreuungsplätze zum 1. August anbieten zu können. Mir macht allerdings Sorge, dass wir beim Personal weder mengen- noch qualitätsmäßig werden mithalten können“, sagte Hollmann am 31. Juli 2013.

Schon heute könne kaum ein Bundesland den empfohlenen Betreuungsschlüssel von 1 zu 3 bei Kindern unter drei Jahren gewährleisten. „Wenn dieser Schlüssel auch nur annähernd erreicht werden soll, müssten auf einmal tausende neu ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher vom Himmel fallen – damit ist leider eher nicht zu rechnen“, so die dbb Vize.

Die Qualität der frühkindlichen Bildung und Erziehung sei aber wegweisend für die weitere schulische Entwicklung der Kinder. „Deswegen fordert der dbb nicht nur größere Anstrengungen bei der Gewinnung zusätzlichen Personals. Auch die Aus- und Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher muss so gestaltet werden, dass unabhängig vom Lernort Kompetenzen auf Bachelor-Niveau erworben und Möglichkeiten der Höherqualifizierung in verschiedenen Bereichen der Pädagogik geboten werden. Eine solche Professionalisierung des Berufszweiges wird ohne eine verbesserte Bezahlung nicht zu haben sein“, machte Hollmann - an die Adresse der Kita-Träger gerichtet - deutlich.

(01/31/13)

Beamtenpensionen: Staat kann sich nicht verstecken

(dbb) Zu der vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann angestoßenen Diskussion über die Beamtenpensionen hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt klargestellt, dass sich der Staat als Dienstherr nicht vor den berechtigten Ansprüchen seiner Beamtinnen und Beamten verstecken könne.

„Ministerpräsident Kretschmann sieht die Stabilität der Staatsfinanzen seines Landes durch Ausgaben für künftige Beamtenpensionen gefährdet und hat deshalb seine Kolleginnen und Kollegen aufgefordert, nach der Sommerpause gemeinsam über die Beamtenversorgung nachzudenken. Das kann für jetzige wie künftige Versorgungsempfänger nur eine Reform mit Minuszeichen erwarten lassen“, sagte Dauderstädt am 29. Juli 2013 in Berlin.

„Vernünftigerweise haben die Staatsregierungen in Wiesbaden und München schnell reagiert und signalisieren, keinen solchen Bedarf zu sehen oder sich an solchen Runden nicht zu beteiligen“, stellte der dbb Chef fest und verwies darauf, dass die von Kretschmann benutzte Formulierung, bei den Pensionen handle es sich um „versteckte Pensionslasten“ völlig unverständlich sei. „Der öffentliche

Dienst und seine Kosten sind durch die Personalhoheit der öffentlichen Hand langfristig präzise vorhersehbar“, stellte Dauderstädt klar, „Versetzungen in den Ruhestand sind keine Überraschungen für den Fiskus. Jeder ordentliche Haushaltsvorstand pflegt, seine Verbindlichkeiten einzuplanen und bei seinem Ausgabeverhalten zu beachten. Das gilt auch und erst recht für Vater Staat – er kann sich nicht verstecken.“

Im Übrigen erinnerte Dauderstädt daran, dass zwar mit der Föderalismusreform 2006 Zuständigkeiten auch zu versorgungsrechtlichen Fragen auf die Länder übergangen, der Kern der Beamtenversorgung aber nach wie vor bundeseinheitlich in Artikel 33 des Grundgesetzes geschützt und daher nicht disponibel sei.

(02/31/13)

Lüders: Öffentlicher Dienst ist auf Diversity angewiesen

(dbb) Dass Verwaltungen ein „Spiegel der Gesellschaft“ sind, sollte sich auch in der Auswahl ihrer Beschäftigten zeigen. Dafür plädiert Christine Lüders, Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes.

Dem „dbb magazin“ (Ausgabe Juli/August 2013) sagte Lüders: „Gerade im öffentlichen Dienst werden in den nächsten Jahren viele Beschäftigte in Pension oder Altersrente gehen. Da ist es umso wichtiger, mehr Vielfalt zu fördern, um einem Nachwuchskrätemangel und der damit verbundenen stärkeren Konkurrenz mit Unternehmen oder anderen Verwaltungen entgegenzuwirken.“ Diversity, also Vielfalt, müsse nicht nur hergestellt, sondern auch genutzt werden. „Es ist gut für das Betriebsklima und für die Kundenkontakte, wenn eine Behörde aktiv gegen Benachteiligung vorgeht und eine vielfältige Belegschaft fördert“, zeigte sich Lüders überzeugt. So könne eine Verwaltung beispielsweise positive Maßnahmen für Migrantinnen und Migranten oder für Frauen schaffen und bei der Personalgewinnung auf anonymisierte Bewerbungsverfahren setzen.

Diversity-Management könne auch dazu beitragen, mehr Frauen in Führungspositionen und in männlich geprägte Arbeitsfelder zu bringen. „Wenn der Staat sich nicht unglaublich machen will, dann muss er auch in diesem Bereich alles für Gleichstellung tun“, so

Lüders. Das ginge nur mit Quoten – „aber auch mit Sanktionen, wenn diese Quoten nicht eingehalten werden“.

Im Bereich der anonymisierten Bewerbungsverfahren habe die Antidiskriminierungsstelle des Bundes mit ihrem erfolgreichen, bundesweiten Pilotprojekt einen Stein ins Rollen gebracht. „Mehr und mehr Länder und Kommunen testen anonymisierte Verfahren jetzt auch oder stellen komplett darauf um“, berichtete Lüders. Diese „schaffen Chancengleichheit, geben Unternehmen Rechtssicherheit und sind ein gutes Instrument, um zu zeigen, dass man als Behörde ein großes Interesse daran hat, vielfältig aufgestellt zu sein.“

Zum Thema Diversity-Management im öffentlichen Dienst hat die dbb Jugend am 1. Deutschen Diversity-Tag im Juni 2013 eine Umfrage gestartet. Von hunderten Adressaten in Behörden und Verwaltungen will die Jugendorganisation des dbb erfahren, ob Diversity vor Ort ein Thema ist, wie Vielfalt im Team bewertet wird und welche Ressourcen in Sachen Diversity zur Verfügung stehen.

(03/31/13)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nein zu Kürzung von Pensionen

(dbb) Auf scharfe Kritik des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) sind Überlegungen des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann zur Kürzung von Beamtenpensionen in den Bundesländern gestoßen. „Das ist Anti-Werbung für den öffentlichen Dienst“, so BBB-Vorsitzender Rolf Habermann am 26. Juli 2013.

Auch die Landesvorsitzende des dbb schleswig-holstein, Anke Schwitzer, kritisierte Kretschmanns Äußerung. Zugleich lobten Habermann und Schwitzer die Ablehnung solcher Pläne durch die Finanzministerien beider Bundesländer.

Habermann warnte davor, Haushaltslöcher mit „einer Entwertung der Lebensleistung der Be-

schäftigten“ stopfen zu wollen. „Das darf nicht einmal erwogen werden. Wer Kürzungen bei der Pension verlangt, muss auch sagen, wie er künftig den Nachwuchs im öffentlichen Dienst sichern will“, so Habermann. Gerade angesichts der gegenüber der Privatwirtschaft häufig niedrigeren Verdienst- und Aufstiegsmöglichkeiten sei die Absicherung im Alter für viele

Berufseinsteiger ein wesentlicher Aspekt, sich für den öffentlichen Dienst zu entscheiden.

Anke Schwitzer sagte: „Jahrelang haben die Beamten einschließlich der Pensionäre Beiträge zur Haushaltssanierung geleistet. Da ist locker eine Milliarde zusammen gekommen in den

letzten zehn Jahren. Auch bei der zwar inhaltsgleichen aber doch nicht zeitgleichen Übernahme des diesjährigen Tarifergebnisses spart Finanzministerin Heinold für den Landeshaushalt. Insoweit ist die Absage an ihren Kollegen Kretschmann nur folgerichtig.“
(04/31/13)

DSTG erwartet üppige Mehreinnahmen durch Selbstanzeigen – Finanzämter in Arbeitsschwierigkeiten

(dbb) Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) rechnet wegen der stark gestiegenen Zahl von Selbstanzeigen nach dem Fall Hoeneß mit Mehreinnahmen von bis zu 600 Millionen Euro für den Staat. Das sagte der DSTG-Bundesvorsitzende und dbb Vize Thomas Eigenthaler der „Bild“-Zeitung (Ausgabe vom 29. Juli 2013).

In diesem Jahr seien rund 15.000 Anzeigen und damit rund die Hälfte mehr als 2012 zu erwarten, so Eigenthaler. Der Fiskus könne daher mit 500 bis 600 Millionen Euro mehr kalkulieren. Als Grund für den Anstieg der Selbstanzeigen führte der DSTG-Vorsitzende den Fall des FC Bayern München-Präsidenten Uli Hoeneß an, dessen Selbstanzeige im April öffentlich wurde. Zudem wirke sich auch das gescheiterte Steuerabkommen mit der Schweiz aus, so Eigenthaler.

In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (Ausgabe vom 28. Juli 2013) verwies Eigenthaler erneut darauf, dass die Finanzämter aufgrund der Flut von Selbstanzeigen kaum noch ihre Routinekontrollen schaffen. „Die Selbstanzeigen sind immer zusätzliche Arbeit. Darauf sind wir nicht eingerichtet. Es besteht die Gefahr, dass dann andere Sachen liegen bleiben“, betonte er. „Es ist auch nicht ausgeschlossen, dass die Ampel damit für andere mehr auf Grün steht.“ Es ist bekannt, dass die Finanz-

ämter immer wieder einen Schwung an Steuererklärungen nur stichprobenartig oder bei Auffälligkeiten prüfen, um mit der Arbeit überhaupt fertig zu werden. Diese sogenannten grünen Wochen können sich somit mehren.

Wie Eigenthaler hervorhob, gab es im ersten Halbjahr 2013 etwa so viele Selbstanzeigen wie im ganzen Jahr vorher. „Es ist sehr viel Aufwand, so eine Selbstanzeige zu überprüfen. Man muss viele Jahre zurückgehen“, so Eigenthaler. Wenn es nur um hinterzogene Kapitalerträge gehe, sei das relativ leicht. Schwierig werde es, wenn auch der Kapitalstamm aus Schwarzgeld bestehe. Dann könne auch Gewerbesteuer oder Erbschaftsteuer hinterzogen worden sein. Für zehn Jahre müssten möglicherweise diverse Konten, Stiftungen, Trusts einbezogen werden. Eine normale Selbstanzeige zu bearbeiten, dauere vier Wochen, komplizierte Fälle länger.
(05/31/13)

Missmanagement gefährdet Tausende Arbeitsplätze in Call-Center

(dbb) „Durch jahrelanges Missmanagement und Dumpingangebote gefährdet Walter Services mehr als 6.000 Arbeitsplätze in Deutschland. Es kann nicht sein, dass nun die Beschäftigten des Call-Centers das ausbaden sollen, was die Manager verbockt haben.“ Mit diesen Worten reagierte der stellvertretende Bundesvorsitzende der Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM), Karlheinz Vernet Kosik, am 26. Juli 2013 auf Berichte über erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Unternehmens, die eine Insolvenz zur Folge haben könnten.

Walter Services habe aufgrund einer durch starke Umsatzrückgänge entstandenen wirtschaftlichen Schieflage Gläubigerschutz bean-

tragt, hieß es. Sollte es dem Management nicht innerhalb von drei Monaten gelingen, das

Unternehmen wirtschaftlicher zu machen, drohe die endgültige Insolvenz.

Nach Auffassung der DPVKOM sind diese existenziellen Probleme durch eine völlig verfehlte Unternehmenspolitik verursacht worden. So hat sich das Unternehmen offensichtlich mit seinen zahlreichen Zukäufen in der jüngeren Vergangenheit übernommen. Außerdem hat sich gezeigt, dass ein Geschäftsmodell, das auf der Zahlung von Niedriglöhnen basiert, keine Zukunft hat. „Walter Services hat einen Großteil seiner Aufträge in den vergangenen Jahren nämlich nur deshalb bekommen, weil das Un-

ternehmen Dumpingangebote mit Niedriglöhnen von 7,50 bis 7,64 Euro abgegeben hat. Dies hat erheblich zu dem in der gesamten Branche existierenden Dumpingwettbewerb über die niedrigsten Löhne und die schlechtesten Arbeitsbedingungen beigetragen. Die Leidtragenden dieser Entwicklung sind einmal mehr die Beschäftigten“, so Vernet Kosik weiter: „Die Branche muss nun endlich reagieren und einen Arbeitgeberverband gründen, mit dem wir dann über einen Tarifvertrag mit einem Mindestlohn von 9,50 Euro verhandeln können.“
(06/31/13)

Deutscher Schulleiterkongress 2014 im Februar

(dbb) Der Deutsche Schulleiterkongress 2014 wird vom 13. bis 15. Februar in Düsseldorf stattfinden. Das kündigten der Verband Bildung und Erziehung (VBE) und der Informationsdienstleister Wolters Kluwer Deutschland (WKD) als Veranstalter am 31. Juli 2013 gemeinsam an.

Zum dritten Mal haben Schulleiterinnen und -leiter und schulische Führungskräfte die Möglichkeit, sich in Düsseldorf mit Vertretern aus dem Bildungsbereich, der Wirtschaft und der Politik auszutauschen und sich in aktuellen Themen fortzubilden. Schwerpunkt des größten Kongresses für den deutschsprachigen Raum sind die Herausforderungen an ein modernes Bildungswesen und Schulmanagement.

Auf dem Kongress wird es laut VBE und WKD über 70 Vorträge, Praxisforen, Workshops und erstmals persönliche Gespräche mit den nationalen und internationalen Fachreferenten in

Kleinstgruppen – sogenannten Round Tables – geben. Themenbereichen werden Erfolgreiches Lernen in heterogenen Lerngruppen, Schule der Zukunft, Unterrichts- und Schulentwicklung - Hauptgeschäft Schulleitung sowie Führung und Führungspersönlichkeit sein.

Zu den ersten beiden Deutschen Schulleiterkongressen 2012 und 2013 waren rund 3.200 Teilnehmer gekommen. Interessierte Vertreter von Schulen, Stiftungen, Behörden und Ministerien können sich unter www.deutscher-schulleiterkongress.de anmelden.
(07/31/13)

Meidinger: Facebook-Verbot für Lehrer ist weltfremd

(dbb) In einem Gastkommentar für die „Fuldaer Zeitung“ (Ausgabe vom 30. Juli 2013) hat der Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPHV), Heinz-Peter Meidinger, die Anweisungen des Kultusministeriums in Baden-Württemberg kritisiert, die Lehrern jegliche dienstliche Kommunikation mit Schülern in sozialen Netzwerken verbieten.

Unter der Überschrift „Facebook-Verbot für Lehrer ist weltfremd“ schreibt Meidinger: „Unter den circa 25 Millionen aktiven Facebook-Nutzern befindet sich nicht nur die große Mehrzahl aller Schüler, sondern inzwischen auch ein beträchtlicher Teil von Lehrkräften. Die Vorstellung, man könnte in sozialen Netzwerken eine Art Mauer zwischen Lehrern und

Schülern errichten, ist also naiv und weltfremd.“

Es sei klar, dass Schüler-Lehrer-Kontakte in sozialen Netzwerken besonderen Regeln unterliegen sollten, so der Autor weiter. „Grundsätzlich bin ich der Ansicht, dass Lehrkräfte durchaus Facebook-Kontakte zu Schülern haben

dürfen, dass sie sich aber dabei eine gewisse Zurückhaltung auferlegen sollten.“ Es sei ein guter Vorschlag, dass sich Lehrer in sozialen Netzwerken zwei unterschiedliche Profile zulegen sollten, „eines in der neutralen Rolle als Lehrer und ein privates Profil“. Meidinger

kommt zu dem Schluss: „Es geht um den verantwortungsbewussten Umgang mit den neuen Kommunikationsformen. Dazu muss auch die Schule ihren Beitrag leisten. Lehrkräfte können und dürfen sich da nicht ausklinken.“ (08/31/13)

BDF wehrt sich gegen „weniger Forschung im Wald“

(dbb) Pläne des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMELV) zur Auflösung des Thünen-Instituts (TI) für Weltforstwirtschaft zum 1. Oktober 2013 lehnt der Bund Deutscher Forstleute (BDF) ab. Weder die Öffentlichkeit noch die betroffenen Mitarbeiter seien darüber informiert worden, kritisierte der BDF am 29. Juli 2013 und forderte eine Beibehaltung und Intensivierung der Forschung auf internationaler Ebene. Darüber hinaus dürfe es vor dem Hintergrund der Herausforderungen, vor der der Wald und die Gesellschaft stehen, keine Personaleinsparungen im Forschungsbereich geben.

Der BDF hatte „aus verlässlicher Quelle“ erfahren, dass das Thünen-Institut für Weltforstwirtschaft mit dem TI für Forstökonomie zusammgelegt und der renommierte Institutsdirektor Michael Köhl von seiner Funktion entbunden werden soll. Begründet werde die Organisationsänderung mit künftig schlagkräftigeren und größeren Instituten sowie der Erzielung von Synergieeffekten. Nachfragen beim Ministerium blieben bisher unbeantwortet. „Wir kritisieren sehr deutlich diese klammheimliche Organisationsänderung von oben

herab und die tiefgreifende Einmischung des BMELV“, so Hans Jacobs, Bundesvorsitzender des BDF. Vom BMELV forderte Jacobs „mehr Fingerspitzengefühl und die unbedingte Beibehaltung und weitere Intensivierung der Forschung im internationalen Bereich“. Die Bundesrepublik sei wichtiger Partner in der internationalen Forstpolitik. Daher dürfe eine Veränderung der Strukturen im TI nur die Stärkung der internationalen Kompetenzen zum Ziel haben. (09/31/13)

Namen und Nachrichten

(dbb) Am 25. Juli 2013 haben sich der Landesvorsitzende des dbb brandenburg, **Ralf Roggenbuck**, und der Vorsitzende des Bezirksverbandes Berlin/Brandenburg der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft Harald Schaefer mit dem amtierenden Präsidenten der Bundespolizeidirektion Berlin, Thomas Striethörster, zu einem ersten Gespräch getroffen. Thema waren unter anderem die schwierigen Arbeitsbedingungen der Bundespolizei auf dem Flughafen Schönefeld. Bereits im Februar 2013 hatte der dbb brandenburg hier Verbesserungen gefordert. Striethörster sagte, nach einem Besuch der Lage- und Einsatzzentrale sehe er aufgrund der dortigen schlechten Arbeitsbedingungen die Notwendigkeit für einen Umzug. Ein weiteres Gesprächsthema war die Lage an der Grenze zu Polen im Zuständigkeitsbereich der Bundespolizeidirektion Berlin. Die dort Beschäftigten seien einer erhöhten Arbeitsbelastung durch Schleusungen ausgesetzt. So sei für die dortigen Bundespolizeiinspektion An-

germünde, Frankfurt (Oder) und Forst im ersten Halbjahr 2013 ein Anstieg von 285 Prozent der illegalen Einreisen in die Bundesrepublik im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zu verzeichnen gewesen. In absoluten Zahlen bedeutet dies eine Steigerung von 337 auf 1.296 Strafverfahren.

Neun von zehn Zügen der Usedomer Bäderbahn (UBB) haben laut Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) am 25. Juli 2013 stillgestanden. „Das ist ein deutliches Zeichen an die Usedomer Bäderbahn“, so der GDL-Bundesvorsitzende und dbb Vize **Claus Weselsky** zur Bilanz des dreistündigen Arbeitskampfes. Die Beteiligung am Streik sei sogar noch stärker gewesen als in der Vorwoche. Weselsky forderte die UBB als 100-prozentige Tochter der Deutschen Bahn (DB) auf, ihre Lokomotivführer endlich nach dem Flächentarifvertrag BuRa-LfTV, verbunden mit dem Haustarifvertrag LfTV, zu entlohnen.

Weselsky: „Die 40-prozentigen Entgeltunterschiede zum DB-Konzern sind durch nichts zu rechtfertigen.“

Die Kommunikationsgewerkschaft DPV (**DPVKOM**) hat dazu aufgerufen, ihre Petition für einen unabhängigen Pflege-TÜV zu unterstützen. Der Wortlaut der Petition: „Der Deutsche Bundestag möge beschließen, dass Pflegeheime von einer neutralen, von den Kranken- und Pflegekassen unabhängigen Einrichtung bzw. Institution geprüft und bewertet werden. Diese Aufgabe sollte zukünftig nicht mehr der Medizinische Dienst der Krankenversicherung (MDK) übernehmen. Ferner muss der Gesetzgeber eine Schlichtungsstelle einrichten, die Streitfragen zwischen Pflegeheimen und den Pflegebedürftigen beziehungsweise deren Angehörigen in Bezug auf die Qualität der Pflege klärt.“ Um diese im Internet mitzuzeichnen, zunächst <https://epetitionen.bundestag.de> in die Adresszeile des Internetbrowsers eingeben, dann auf „Zum Petitions-Forum“ klicken. Die Petition ist unter „Petitionen in der Mitzeichnungsfrist“ unter der laufenden Nummer 43447 zu finden. Nach einem Klick auf die entsprechende Petition können Sie nach vorheriger erfolgreicher Registrierung die Petition mitzeichnen. Die Mitzeichnungsfrist im Internet endet am 21. August 2013.

Auch die deutsche Polizei hat offenbar Zugriff auf Daten aus der Spionagesoftware PRISM des US-Geheimdienstes NSA. In einem Gespräch mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (Ausgabe vom 26. Juli 2013) sagte der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), **Rainer Wendt**: „Ich bin überzeugt, dass der deutschen Polizei Ergebnisse aus dem PRISM-Programm direkt übermittelt wurden, um hierzulande Anschläge zu verhindern. Solche Erkenntnisse wachsen ja nicht auf Bäumen, sondern stammen wie bei der NSA aus nachrichtendienstlichen Erkenntnissen.“ Wendt kritisierte die Arbeit der Opposition im Parlamentarischen Kontrollgremium (PKG) des Bundestages. Die Arbeitsweise der Geheimdienste gehöre nicht in die Öffentlichkeit. Zudem forderte Wendt eine neue Behörde mit mindestens 50 Angestellten zur Kontrolle der Geheimdienste. „Diese Zentrale, ausgestattet mit Ermittlern, sollte auch alle Landesverfassungs-

schutzämter permanent beaufsichtigen. Dann gäbe es für deren Kontrolle keine parlamentarische Sommerpause mehr.“

Der Vorschlag der Bildungsexpertin Jutta Allmendinger zur Abschaffung von Hausaufgaben wird vom Deutschen Philologenverband (DPhV) abgelehnt. DPhV-Bundesvorsitzender **Heinz-Peter Meidinger** sagte der „Welt“ (Ausgabe vom 29. Juli 2013): „Der Vorschlag ist Unfug.“ Zwar sei die Ungleichheit an den Schulen hierzulande groß. Allerdings: „Wenn es uns nicht gelingt, die Schwächeren zu stärken, dürfen wir nicht im Umkehrschluss versuchen, die Besseren zu bremsen.“ Die Förderung durch die Eltern dürfe nicht ausgeschlossen werden. „Der Staat hat sich da nicht einzumischen“, sagte Meidinger. Eine Pflicht zur Ganztagschule lehnte er ab. Niemand könne Kinder im Grunde so gut fördern wie engagierte Eltern.

Statt ein Facebook-Verbot auszusprechen, sollten die Kultusministerien Lehrer lieber über den richtigen Umgang mit sozialen Medien informieren. Das hat **Rolf Busch**, stellvertretender Vorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) am 24. Juli 2013 im Gespräch mit Deutschlandradio gefordert. Er kritisierte auch, dass Lehrer nicht einmal dienstliche E-Mail-Adressen bekommen. Datenschutz sei natürlich ein hohes Gut und müsse gewahrt werden. „Aber Schüler arbeiten nun mal in einem hohen Maße mit Facebook, und wenn Lehrer dann nicht mehr über dieses Medium mit den Schülern arbeiten dürfen, dann ist das schon bemerkenswert“, so der VBE-Vize. Deshalb betrachte er das Verbot auch kritisch. „Denn man schiebt jetzt den schwarzen Peter den Lehrern zu, statt sie ordentlich zu informieren und auch zu schützen, wenn sie solche Medien nutzen wollen, um auch die Schüler besser zu erreichen.“ Er hätte Handreichungen der Kultusminister - auch in Baden-Württemberg – erwartet. „Aber jetzt so ein großes Verbot drüber zu hängen und zu sagen: Behandelt zwar die Risiken im Unterricht, aber am besten so, dass es mit der Realität nicht mehr viel zu tun hat - das ist schon sehr eigenartig“, so Busch.
(10/31/13)